

### Staatliche Notstandsbauten.

Die „Wiener Zeitung“ meldet: Wie vor kurzem mitgeteilt worden ist, hat die Regierung im Wege der politischen Landesstellen umfassende Erhebungen eingeleitet, deren Ergebnis die Grundlage für die Fortführung bereits begonnener, nötigenfalls für die Inangriffnahme neuer öffentlicher Arbeiten aller Art in jenen Gebieten bilden sollte, wo infolge der Kriegsereignisse empfindliche Hemmungen in der Erwerbstätigkeit eingetreten sind, wo also die Schaffung von Verdienstmöglichkeiten durch öffentliche Arbeiten besonders dringlich ist.

Parallel mit der Anordnung dieser Erhebungen erfolgte die Einberufung einer interministeriellen Konferenz, die im Ministerium für öffentliche Arbeiten unter dem Vorsitz des Ministers Trnka tagt und in Verfolgung der gleichen Ziele ein einheitliches Vorgehen aller Ressorts in dem erwähnten Belange sowie die Sicherstellung aller jener Voraussetzungen bezweckt, die eine rasche und erfolgsversprechende Durchführung dieser Aktion gewährleisten würden. Diese interministerielle Konferenz ist am 26. d. eröffnet worden und hat sich zunächst mit der Feststellung der Grundsätze befaßt, die bei der Vergabe und Ausführung staatlicher Notstandsbauten festzuhalten wären, wobei selbstverständlich auf die gegenwärtigen außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse in weitestgehendem Maße Rücksicht genommen wurde. In dieser Hinsicht ist vor allem erörtert worden, ob nicht zeitweise auf dem Gebiete des staatlichen Bauwesens von gewissen, sonst üblichen Kautelen zugunsten der Unternehmer Umgang genommen und auf diese Weise letzteren die Erhebung von Bauten in finanzieller Hinsicht erleichtert werden könnte. Die in dieser Hinsicht in Aussicht genommenen Erleichterungen werden schon demnächst zur Veröffentlichung gelangen, womit auch größtenteils den Wünschen Rechnung getragen werden wird, welche eine beim Minister für öffentliche Arbeiten unlängst erschienene Deputation der interessierten Faktoren, darunter insbesondere des Vereines der Zivilingenieure in Oesterreich und des Verbandes österreichischer Bauunternehmer, vorgebracht hat.

Was die eigentliche Durchführung der Hilfsaktion betrifft, so stellt die Konferenz im Interesse der wirksamsten Bekämpfung der dormalen herrschenden Arbeitslosigkeit naturgemäß solche Arbeiten in den Vordergrund, bei welchen eine größere Zahl von jeder besonderen speziellen Qualifikation entbehrenden Arbeitern verwendet werden kann, demnach vor allem Erdbarbeiten der verschiedensten Art, wie sie bei Eisenbahn-, Straßen-, Kanalisierungs-, Flußregulierungs- und andern Wasserbauten mannigfach vorkommen. In zweiter Linie kämen mit Rücksicht auf die Zahl der erforderlichen Arbeiter Hochbauten des Staates oder staatlich verwalteter Fonds, wie: Amtsgebäude, Schulen, Spitäler, Kasernen, Bahnhöfe und dergleichen in Betracht. Nach Maßgabe der vorhandenen Mittel könnten schließlich auch andre staatliche oder öffentliche Unternehmungen, Betriebe und dergleichen, sofern damit einer größeren Anzahl von Erwerbslosen Arbeit und Verdienst geboten werden können, in die Aktion einbezogen werden.

Da große Bauarbeiten häufig unter Beteiligung verschiedener staatlicher Ressorts als auch

autonomer Faktoren (Länder, Handels- und Gewerbekammern, autonome Kommissionen, Gemeinden etc.) geführt werden, wurde ferner zur Erreichung des angestrebten Zieles ein Zusammenwirken aller dieser Faktoren als unerlässlich erkannt. Als eine weitere sehr wichtige Aufgabe obliegt der Konferenz ferner eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Arbeiten auf die einzelnen Notstandsgebiete.

Unbeschadet dieser Grundsätze wird sich die Aktion des Staates zunächst auf solche staatliche Arbeiten beziehen müssen, für welche im Staatsvoranschlage die Mittel bereits in Anspruch genommen sind; Arbeiten, für welche die Bedeckung noch nicht sichergestellt ist, werden ausnahmsweise nur in dem Falle ins Auge gefaßt werden können, als sie die ganz besondere Notlage eines bestimmten Gebietes unbedingt erfordert.

Die Konferenz hat sich auch bereits mit der in Wien und Niederösterreich zutage tretenden Arbeitslosigkeit eingehend beschäftigt. Das Material für hier in Betracht kommende Aktionen wurde gesichtet und eine programmatische Richtung festgestellt.

Die zur Durchführung des festgestellten Programms erforderlichen Maßnahmen wurden bereits in die Wege geleitet. In der Folge wird sich die Konferenz, die sozusagen eine permanente Tätigkeit wird zu entfalten haben, mit den bereits überlangten konkreten Vorschlägen der Landeschefs zu befassen haben.